



„Wie Demokratien sterben“

Amerikanischer Politik in der Ära von Präsident Donald Trump

Christian Tuschhoff

Einleitung¹

Der Bestand von Demokratien ist nicht dauerhaft gesichert, sondern muss immer wieder neu bestätigt werden (Shapiro 2002), z.B. indem Eliten und breite gesellschaftliche Gruppen sich zu den demokratischen Grundprinzipien bekennen und diese Prinzipien vor allem praktizieren (Putnam 1993; 2000; 2002). Sogar in der diesbezüglich skeptischen Wirtschaftswissenschaft mehrten sich gegenwärtig die Stimmen, die in Staat und Markt allein keine hinreichende Grundlage sehen, um Wohlstand zu sichern und zu mehren. Vielmehr müsse ein „dritter Pfeiler“ (Rajan 2019) – die soziale Gemeinschaft – hinzutreten.² In der Entwicklungsforschung vertreten insbesondere Institutionen entsprechende Ideen, wenn sie argumentieren, dass institutionalisierte Ordnungen soziale Formen des Zusammenlebens mehr oder weniger effizient und wohlstandsmehrend sein können, je nachdem, ob sie personenübergreifendes Sozialkapital bzw. innergesellschaftliches Vertrauen konstituieren oder nicht (Acemoglu/Robinson 2012; North/ Wallis/ Weingast 2009; 2013). In Deutschland hat der ehemalige und kürzlich verstorbene Bundesverfassungsrichter, Ernst-Wolfgang Böckenförde, dies mit seinem berühmten

„Diktum“ auf folgende Formulierung gebracht:

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit Willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“ (Böckenförde 1976: 60).

Der demokratische Staat bleibt also auf seine moralisch handelnden Bürger angewiesen. Die gegenwärtigen politischen Herausforderungen konsolidierter Demokratien bewirken deshalb auch eine Rückbesinnung auf derartige, vor vielen Jahren formulierte Grundbedingungen demokratischen Zusammenlebens (Shapiro 2002).³ Schon im

¹ Für wichtige und vor allem kritische Hinweise danke ich ganz besonders Jakob Schissler. Thomas Tuschhoff verdanke ich sorgfältige Korrekturen am Text. Die verbleibenden Fehler in dieser Arbeit liegen ausschließlich in meiner eigenen Verantwortung.

² Den Hinweis auf diese beginnende Debatte in den Wirtschaftswissenschaften verdanke ich Karsten Zimmermann (2019).

³ Der politische Theoretiker Patrick Deneen sieht bei der gesellschaftlichen und parteipolitischen

Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft die „Tragödie des Liberalismus“ am Werk. Sowohl der von Rechten vertretene klassische Liberalismus – Freiheit des Individuums vom Staat – als auch der von Linken vertretene progressive Liberalismus – Freiheit des Individuums von den Beschränkungen unausgeschöpfter Möglichkeiten – teilten doch die Vorstellung von einem freien Individuum. Strittig sei nur, ob der Markt oder der Staat Freiheit schüfen. Tatsächlich aber sei das eine ohne das andere nicht

klassischen Lehrbuch von Konrad Hesse zum deutschen Staatsrecht wurde darauf hingewiesen, dass die dualistische Vorstellung von Staat und Gesellschaft, in der der Staat „als vorhandene Einheit der ‚Gesellschaft‘ als vorhandener Vielheit unverbunden“ gegenüberstehe, vordemokratisch sei. Gesellschaftliches Leben sei ohne Staat nicht möglich, wie umgekehrt der demokratische Staat sich erst in gesellschaftlichem Zusammenwirken konstituiere (Hesse 1980: 8).

In seinem Buch über die Wellen der Demokratie zeigte Samuel Huntington, wie aus Diktaturen Demokratien werden können. Gleichzeitig wies er jedoch darauf hin, dass der Prozess von Demokratisierung nicht einheitlich und linear einem Fortschritts- oder Modernisierungsoptimismus folge. Stattdessen nähmen Gesellschaften Anlauf, um sich zu demokratisieren, aber viele fielen auch wieder in die Diktatur zurück. Wenn aber wichtige Hürden genommen seien, würden Demokratien sich konsolidieren und stabil bleiben (Huntington 1991).

Seit geraumer Zeit verdichten sich Zweifel an diesem letzten Befund (Foa/ Mounk 2016; 2017; Mounk 2017). Selbst konsolidierte Demokratien (Fishman 2016) sehen sich Herausforderungen ausgesetzt, die – wie Kriege - nicht in erster Linie von außen kommen, sondern von innen, wie Steven Levitsky und Daniel Ziblatt jüngst in ihrem vielbeachteten Buch feststellten (Levitski/ Ziblatt 2018). Die Demokratie steht also

denkbar und bilde deshalb den übergreifenden Rahmen der liberalen Gesellschaft. Allerdings werde dieser Rahmen durch den unversöhnlichen Konflikt zwischen den beiden Varianten gesprengt und damit der Liberalismus geopfert. Damit werde das Individuum nicht frei, sondern ohnmächtig. Die Nutzung der Möglichkeiten des Liberalismus würden ihn selbst beseitigen. Darin besteht seine Tragödie. Deneen empfiehlt deshalb, zu den Lehren von Tocquille zurückzukehren und zivilgesellschaftliche Praktiken auszuüben: Sobald Individuen öffentliche Angelegenheiten gemeinschaftlich in der Öffentlichkeit bearbeiteten, würden sie verstehen, dass sie

nicht nur in Gesellschaften zur Disposition, die sich im Übergang von der Diktatur zur Demokratie befinden, sondern mittlerweile auch in konsolidierten modernen Gesellschaften mit langwährender demokratischer Praxis.

Wie also sterben eigentlich gefestigte und stabile Demokratien, die in der Fachliteratur auch „konsolidierte Demokratien“ genannt werden, und wie kann man sie retten?

Wie Demokratien sterben

Das Buch von Levitsky und Ziblatt löste in der Politikwissenschaft eine erhebliche Resonanz aus, über die hier berichtet werden soll. Einschlägig sind die Buchbesprechungen aus dem Blickwinkel verschiedener Experten für das amerikanische politische System sowie der vergleichenden Demokratieforschung in der Zeitschrift *Perspective on Politics* (Vol.16, No. 4, 2018). Zunächst sollen jedoch die Hauptbefunde von Levitsky und Ziblatt zusammengefasst werden (Levitski/ Ziblatt 2018).

EROSION IM INNERN

Demokratien werden häufig nicht durch äußere Einflüsse wie z.B. Krieg zerstört, sondern durch interne Erosionsprozesse ausgehöhlt. Nicht abstrakte Prozesse des sozio-ökonomischen Niedergangs, sondern konkrete, autoritär eingestellte Politiker seien die wesentlichen Treiber dieser

nicht so unabhängig voneinander seien, wie sie gedacht hätten. Um sich wechselseitig zu unterstützen, müsse jeder Kooperationsbereitschaft zeigen (Deneen 2017; 2018). Mit anderen Worten empfiehlt Deneen der amerikanischen Gesellschaft die Rückkehr zur Produktion von Sozialkapital. Der Entwicklungsökonom Paul Collier benutzt dafür den Begriff des sozialen „Maternalismus“ (Collier 2019). Diese Empfehlungen sind nicht zu verwechseln mit parteiischer Kritik am „Identitätsliberalismus“ (Fukuyama 2018a; b; Lilla 2016), denn dieser verkennt die von Deneen beschriebene Tragödie und wird deshalb zu deren Opfer.

Erosion.⁴ Man erkenne sie an folgenden Verhaltensweisen:

- ◆ Ablehnung (oder schwache Verpflichtung auf) demokratische Spielregeln,
- ◆ Übernahme der Judikative und der innenpolitischen Ordnungskräfte,
- ◆ Aberkennung der politischen Legitimität ihrer politischen Widersacher,
- ◆ Tolerierung oder sogar Ermunterung zur Gewaltausübung,
- ◆ Bereitschaft, Bürgerrechte von Widersachern einschließlich der Medien zu beschneiden,
- ◆ Veränderungen der institutionellen Regeln, um die eigene politische Macht ausübung unumkehrbar zu machen.

Der Konflikt zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem Kongress über die Ausrufung des nationalen Notstandes, um Haushaltsmittel für den Bau von Befestigungsanlagen an der Grenze zu Mexiko umwidmen zu können, zeigt das Problem wie in einem Brennglas. Präsident Trump ignorierte die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative und schaffte einen Präzedenzfall, der Gewaltenteilung als konstitutives Element von Demokratie untergräbt. Dabei ist nicht die Umwidmung von Haushaltsmitteln das wesentliche Problem, sondern die Nicht-Beachtung der Gewaltenteilung.

Da es sich bei diesen und anderen Beispielen um schleichende Prozesse handelt, die aus zahllosen Einzelschritten bestehen, haben Bürger es schwer, die Gefahr klar zu erkennen und ihr zu begegnen. Die Salami-taktik der autoritären Politiker bestehe in

- ◆ der Untergrabung der Unabhängigkeit der Justiz,
- ◆ der Einschüchterung der Presse, der Privilegierung und Bestechung wirtschaftlicher und kultureller Eliten auch durch Privilegierung von Zugang zur Regierung oder

- ◆ der Modifikation von Verfassungen und Wahlrecht zugunsten von Regierungsparteien.

Die Regierung des Präsidenten Donald Trump zeige eindeutig einen Hang zu derartigen undemokratischen und autoritären Verhaltensweisen, schreiben Levitsky und Ziblatt (Levitski/ Ziblatt 2018). Es sei deshalb nicht ausgemacht, dass die in der amerikanischen Verfassung verankerten Mechanismen zum Schutz der Demokratie ausreichen, deren Niedergang zu verhindern.⁵

Es sind aber nicht nur die autoritären Einstellungen oder undemokratischen Forderungen und Praktiken von Extremisten, die den demokratischen Niedergang beförderten. Ebenso begünstige deren persönliche oder professionelle Hintergrund Erosionsprozesse. Denn autoritäre Persönlichkeiten verfügten auch nicht über die notwendige Geduld, die zum Bohren dicker Bretter in Demokratien notwendig sei. Ihnen fehlt jedes Verständnis für demokratische Schranken und Einschränkungen ihrer Handlungsfreiheit (Levitski/ Ziblatt 2018).

EROSIONSHINDERNISSE: WECHSELSEITIGE TOLERANZ UND INSTITUTIONALISIERTE NACHSICHT

Weil diese formellen Schutzmechanismen zu bersten drohen, rücken die informellen Barrieren gegen den demokratischen Dammbbruch stärker ins Blickfeld. Denn neben der Verfassung verhinderten weiche Sicherheitsgeländer (*soft guardrails*), dass der tagtägliche politische Wettbewerb in einen ungezügelten politischen Konflikt münde (Levitski/ Ziblatt 2018: 101). Die zwei wesentlichen Leitplanken von Demokratie seien wechselseitige Toleranz und institutionalisierte Nachsicht (*forbearance*). Demokratiegegner nutzen deshalb auch Taktiken, um diese informellen und ungeschriebenen Gesetze der Demokratie anzugreifen.

⁴ Siehe dazu auch Bermeo (2003).

⁵ Ähnliche Zweifel hegen Ginsburg/ Huq (2018).

Wechselseitige Toleranz erfordert die Einsicht, dass andere über das gleiche Existenzrecht verfügen und sich am politischen Machtkampf sowie an der Regierung beteiligen dürfen. Ohne diese Leitplanke wechselseitiger Tolerierung und Anerkennung werden Rivalen zu Feinden, Dispute zu Nullsummenspielen und Wahlen zu hochriskanten, potentiell systemverändernden Ereignissen.

Institutionalisierte Nachsicht⁶ erfordert geduldige Selbstbeherrschung und Zurückhaltung sowie die kollektive Bereitschaft, Handlungen zu vermeiden, die nur den Buchstaben von Gesetzen befolgen, aber ihren Geist verletzen. Der Zweck von Nachsicht im Sinne von bewusster Selbstbeschränkung ist, auf erreichbare parteiliche Vorteile bewusst zu verzichten und demokratischen Wettbewerb fair auszutragen und auf diese Weise das demokratische System zu stabilisieren.

An dieser Argumentation sind zwei wesentliche Aspekte neu: Erstens werden Befunde aus der Forschung zu politischen Systemen, die sich in der Transformation zur Demokratie befinden, nunmehr auch auf konsolidierte Demokratien angewandt; und zweitens wird die Bedeutung von informellen Institutionen hervorgehoben, weil die Stabilität bewahrende Wirkung von formellen Institutionen nicht mehr den gewohnten

⁶ Das Konzept der Nachsicht wurde von Alica Holland in die politikwissenschaftliche Fachdiskussion eingeführt (Holland 2016). Es beschreibt zunächst Fälle, in denen Staaten zwar über die Kapazitäten zur Regeldurchsetzung verfügten, aber die Entscheidungsträger sich entschlossen, diese Kapazitäten nicht einzusetzen. Nachsicht bedeutet deshalb eine bewusste und revidierbare Entscheidung gegen Regeldurchsetzung. Holland interessierte sich vor allem für die Verteilungsfolgen von Nachsicht, also für deren gesellschaftliche Gewinner und Verlierer. Außerdem zeigte sie, dass Nachsicht in verschiedenen Formen auftritt, die von Korruption durch Begünstigung von politischen Unterstützern bis hin zur Armutsbekämpfung reichen, weil ärmere Bevölkerungsschichten auf informelle Weise von nachteiligen Regeln befreit

Rückhalt bieten. Gerade dieser zweite Aspekt ist bedeutsam und wurde in der deutschsprachigen Demokratieforschung vernachlässigt. Obwohl sich auch deutsche Politikwissenschaftler eingehend mit der Krise von Demokratie befassten (Merkel 2013; 2014; 2015; 2016; Schäfer 2009a; b; Schäfer/ Fehrkamp/ Gagné 2013; Schubert/ Weiß 2016),⁷ gehen die Demokratiekonzepte nicht auf jene Gewohnheiten ein, die nach Levitsky und Ziblatt die letzte Barriere gegen den Übergang in die Diktatur darstellen.

WIE RESILIENT IST DIE DEMOKRATIE IN DEN USA?

Levitsky und Ziblatt sehen nun die Demokratie in den USA als gefährdet, weil Präsident Trump, und vor allem auch die Republikanische Partei, einen längeren Trend zur Entdemokratisierung fortsetzen, an dem allerdings auch die Demokratische Partei nicht ganz unschuldig sei. Die Demokratie in den USA stünde am Abgrund.⁸

Die vergleichende Demokratieforschung zeigt Levitsky und Ziblatt zufolge auch Auswege aus der Misere. Eine präemptive Möglichkeit ist, dass die Verteidiger der Demokratie – z.B. Führungskräfte in etablierten Parteien – autoritäre und undemokratische Akteure daran hindern, an die Macht zu gelangen. Dazu sei es zunächst notwendig,

werden. Während Holland die materiellen Verteilungsfolgen behandelt, konzentrieren sich Levitsky und Ziblatt auf die eher immateriellen parteilichen Verteilungsfolgen sowie die Stabilität demokratischer Systeme. Dieser letzte Aspekt der Demokratiestabilität ist neu und war in den bisherigen Veröffentlichungen von Levitsky nicht enthalten (Levitsky/ Murillo 2009).

⁷ Siehe auch das Themenheft „Repräsentation in der Krise“ der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 66. Jahrgang, 40-41/2016, 4. Oktober 2016.

⁸ Allerdings weisen sie ebenfalls darauf hin, dass diese Gefährdungen der Demokratie nicht auf die USA beschränkt und auch nicht von Donald Trump verursacht, sondern tieferliegende und weit über die USA hinausreichend verbreitet seien.

glaubhafte und wirksame Alternativen zu den Extremen anzubieten. Wenn Extremisten aber beachtliche öffentliche Unterstützung erhielten, sei die entscheidende Frage, ob die Verteidiger der Demokratie sich angesichts dieser Bedrohung des Systems heillos zerstritten, oder aber zur Zusammenarbeit fänden, um die autoritären Politiker und Parteien zu isolieren.

Eine Möglichkeit sei, dass progressive Kräfte den ungebremsten Streit ablehnen und zu einem zivilisierten politischen Wettbewerb zurückkehren. Eine andere Möglichkeit sei es, die Republikanische Partei zu reformieren und deren Establishment-Flügel neu aufzubauen und gleichzeitig die eher extremen Elemente an den Rand zu drängen. Schließlich könnte die gesellschaftliche und parteipolitische Polarisierung überwunden werden, indem eine minderheitenübergreifende Sozialpolitik eingeführt würde, die jene wirtschaftliche Ungleichheit bekämpfe, die innergesellschaftliche Verbitterung und Konflikte zu einem erheblichen Teil befeuert habe (Levitski/ Ziblatt 2018).

Mit ihrer Analyse und ihren Vorschlägen zum Erhalt der Demokratie haben Levitsky und Ziblatt in politikwissenschaftlichen Fachkreisen eine eingehende Debatte ausgelöst, auf die hier weiter eingegangen werden soll.

Eliten vs. Massen

Professor Sheri Berman von der Columbia University anerkennt, dass Levitsky und Ziblatt mit ihrem Buch einen Weckruf ausgestoßen haben, der vor allem ein Versagen von Eliten diagnostiziert und diese deshalb zum Handeln auffordert, um die Demokratie zu retten (Berman 2018). Anibal Pérez-Liñán, Professor an der University of Notre Dame, ergänzt, dass es noch gar nicht hinreichend erforscht sei, warum sich

demokratische Eliten an die weichen Leitplanken ungeschriebener Regeln hielten. Fühlen sie sich derartigen Prinzipien normativ verpflichtet, oder folgen sie nur eher gemäßigten politischen Präferenzen (Pérez-Liñán 2018)?

Allerdings geht Berman diese Konzentrierung der Debatte auf Eliten nicht weit genug. Vielmehr müssten auch die demokratischeschädlichen Entwicklungen in der breiteren Gesellschaft mitbedacht werden, auf die andere Autoren schon verwiesen haben (Fishman 2016; Foa/ Mounk 2016; 2017): Warum sind Bürger immer unzufriedener mit der Demokratie? Längerfristige Dynamiken, wie die Polarisierung gesellschaftlicher Gruppen oder der Niedergang von politischen Parteien, sollten in die Überlegungen einbezogen werden.⁹ Es genüge nicht nur zu zeigen, wie Demokratien sterben, sondern man sollte auch erklären, warum sie sterben (Berman 2018).

Professor William Connolly von der Johns Hopkins University schlägt in dieselbe Kerbe wie Sheri Berman. Natürlich seien Leitplanken für den zwischen Eliten und in Wahlen ausgetragenen politischen Konflikt wesentliche Bestandteile von Demokratie. Aber weitere wichtige Elemente schließen soziale Bewegungen, Firmen, Kirchen, Gemeinden, Bürokratien und Universitäten mit ein. Die Etablierung demokratischer Normen, sowie deren neuere Unterspülung, seien jeweils von sozialen Bewegungen ausgegangen, bevor die politischen Eliten auf die fahrenden Züge aufgesprungen seien. Deshalb dürfe der Schutz und die Anpassung von Normen nicht allein Wahlen, Eliten und politischen Parteien anvertraut werden (Connolly 2018). Demokratie ist ein gesamtgesellschaftliches Herrschaftssystem.

Dieser Kritik schließt sich Valerie Bunce, Professorin an der Cornell University, an,

⁹ Es gibt eine eingehende wissenschaftliche Debatte über Ursachen und Folgen der parteilichen Polarisierung in Staat und Gesellschaft (Abramowitz 2010; Abramowitz/ Saunders

2008; Aldrich 2018; Bartels 2018; Campbell 2018; Fiorina/ Abrams/ Pope 2008; Fiorina/ Abrams 2008; Mann/ Ornstein 2012).

wenn sie schreibt, der Einfluss der breiten Öffentlichkeit in zwei wesentlichen Prozessen müsse berücksichtigt werden: Erstens, warum werden Extremisten gewählt, so dass sie an die Macht gelangen, und zweitens, warum sind Extremisten erfolgreich, wenn sie – einmal an der Macht – Demokratie verringern oder abschaffen (Bunce 2018). Bunce sieht die Demokratie in Amerika vor allem von der Verbindung zwischen schwachen Parteien und starker Parteilichkeit bedroht. Dabei bezieht sie sich auf Julia Azari (2016). Donald Trump sei als Folge von Interaktionen zwischen Politikern, Parteien und Bürgern gewählt worden. Diese Interaktionen unterstützten ihn dabei, die amerikanische Demokratie zu destabilisieren (Bunce 2018).

Connolly weist auch der Globalisierung und der sie tragenden neoliberalen Ideologie des Kapitalismus eine demokratieschädliche Wirkung zu.¹⁰ Denn sie habe mit der Verschlechterung der Lebensverhältnisse der weißen Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht in den USA eine Zeitbombe geschaffen, weil diese sozialen Gruppen nun ebenfalls zu einer Minderheit geworden seien, die der politischen Aufmerksamkeit bedürfe. Die Frage, ob die Politik einige Minderheiten vernachlässige, wenn sie ihre Aufmerksamkeit anderen Minderheiten zuwende, sei unbeantwortet. Es sei aber wohl notwendig, Demokratie dadurch zu stärken, dass politische Programme minderheitenübergreifend angelegt werden (Connolly 2018).

Gesellschaftliche Bruchlinien

Auch Katherine Cramer von der University of Wisconsin relativiert den Einfluss politischer Eliten und deshalb auch deren Möglichkeiten, den Demokratiezerfall aufzuhalten. Alle gesellschaftlichen Mitglieder lehrten einander demokratische Normen und Identitäten durch tagtägliche

Interaktionen. Populisten nützten schon bestehende gesellschaftliche Bruchlinien nur aus, anstatt sie zu schaffen. Ein Beispiel dafür sei der Ärger, den ländliche Gemeinschaften gegenüber Städtern hegten. Dieser Bruch zwischen Stadt und Land bestünde schon seit Jahrzehnten in den USA und drücke sich in spontanen Bemerkungen oder Witzen aus, die diese Bruchlinie ständig reproduziere. Populistische Kandidaten nutzten nur diese Gelegenheiten, weil ihre rassistischen Apelle in diesem sozialen Umfeld widerhallten (Cramer 2018; Cramer 2016).

Auch Bunce weist auf den Zusammenhang hin, dass politische Wenden zu einem autoritären System sowohl auf einem Angebot politischer Führungskräfte, als auch auf der Nachfrage gesellschaftlicher Gruppen beruhten. Extremistische Appelle benötigten gesellschaftlichen Widerhall, um sich im Meinungsstreit durchzusetzen. Eine derartige gesellschaftliche Resonanz sei immer dann möglich, wenn Bürger aufgrund von Traumata politischer Unruhen oder Bedrohungen nationaler Sicherheit ihr Heil bei autoritären Führungsfiguren suchten (Bunce 2018). So zeigte z.B. Aleksander Matovski, dass in der russischen Bevölkerung zwischen 1993 und 2011 ein fast vollständiger Konsens herrschte, nach dem Chaos des Umbruchs wieder Ordnung und Stabilität herzustellen. Diese stabilitätszentrierte Denkweise strukturierte maßgeblich den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess. Sie begünstigte einerseits das entschlossene, tatkräftige Führungsverhalten von Amtsinhabern und förderte andererseits Konflikte und Extremismus innerhalb der politischen Opposition. Die Sehnsucht der Bevölkerung nach Stabilität ermöglichte der autoritären Regierung Vladimir Putins das Regieren mit minimalem Gebrauch von Zwang, weil sie sich auf den Erfolg an den

¹⁰ Einige Wirtschaftswissenschaftler zeigen, dass die internationale Finanzkrise 2008 die Ausbreitung des Populismus erheblich befeuerte. In der historischen Rückschau

argumentieren sie, dass Finanzkrisen vor allem den Rechtspopulismus stärken (Funke/Schularick/Trebesch 2015; Rodrik 2017; Tooze 2018).

Wahlurnen stützen konnte (Matovski 2018).

Soziale Medien

Katherine Cramer weist auch darauf hin, dass Levitsky und Ziblatt der Bedeutung von sozialen Medien nicht die notwendige Aufmerksamkeit schenken. Denn anders als die bisherigen Massenmedien eröffnen soziale Medien Extremisten die Chance, die bestehenden Parteisysteme zu umgehen (Cramer 2018).¹¹ Insoweit befördert auch die Schwächung von Parteisystemen den Niedergang der Demokratie. Stattdessen nutzen politische Außenseiter soziale Medien für den direkten Kontakt zu Millionen von Bürgern zu sehr geringen Kosten. Diese Plattformen belohnten Provokationen statt Dialog und führten zu einer intensiven Emotionalisierung von Nachrichten, indem sie mit Bewertungen versehen und im Schneeballsystem weitergeleitet würden (Cramer 2016).

¹¹ Levitsky und Ziblatt weisen deshalb darauf hin, dass die Demokratisierung von Prozessen der Kandidatennominierung seit den 1970er Jahren die Möglichkeiten von parteipolitischen Außenseitern wie Donald Trump ganz erheblich verbessert habe, gewählt zu werden. Alvares und Dahlgren zeigen, dass der Trend der Individualisierung von Zivilkulturen einherging mit der Verbreitung des Populismus mit Hilfe von neuer Medientechnologie. Zwar sei dadurch das Maß an öffentlicher Beteiligung an Politik und Gesellschaft gestiegen, aber soziale Medien trügen nicht zur Ausbreitung demokratischer Wertvorstellungen bei (Alvares/ Dahlgren 2016).

¹² Der deutsche Politikwissenschaftler und Amerikakenner, Jakob Schissler, argumentiert ähnlich wie Parker. Der Rassismus sei historisch tief in die amerikanische Gesellschaft eingegraben (Schissler 2019). Deshalb sei die Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft auch *nicht* die Folge der Identitätspolitik, mit der insbesondere die Demokratische Partei versuchte habe, die wachsende Zahl von Minderheiten zu

Exzeptionalismus vs. internationale Ansteckung

Christopher Parker von der University of Washington äußert Skepsis gegenüber der von Levitsky und Ziblatt geäußerten Hoffnung, dass die USA von anderen Demokratien lernen könnten, wie der Niedergang der Demokratie abzuwenden sei. Sein Argument ist, dass die amerikanische Demokratie so außergewöhnlich sei, sodass anderswo erprobte Rezepte, Demokratie zu stabilisieren, nicht Erfolg versprechend sein könnten (Parker 2018).

Parker sieht den Hauptunterschied der USA zu anderen Demokratien in Rasse und Rassismus.¹² Sehe man vom Rassismus ab, seien die USA eine relativ reife, wirtschaftlich erfolgreiche und deshalb stabile Demokratie. Der Unterschied zwischen Rassen und die Unterlegenheit der Afro-Amerikaner wurde schon im Gründungsdokument der amerikanischen Demokratie - der Verfassung – niedergelegt: die sogenannte Dreifünftelklausel.¹³ Die Tatsache, dass diese Klausel notwendig war, um die USA aus der Taufe zu heben, wirke bis heute nach.¹⁴ Der Rassismus durchdringe alle

integrieren, wie Francis Fukuyama (2018a) jüngst behauptet hat. Den schleichenden internationalen Trend gesellschaftlichen Zerfalls in immer kleinere Minderheiten mit eigenen Identitätsansprüchen beschreibt detailliert Andreas Reckwitz (2017).

¹³ Dabei handelt es sich um Artikel 1, Abschnitt 2 Paragraph 3 der amerikanischen Verfassung. Diese Klausel wurde jedoch nach dem Bürgerkrieg durch Zusatzartikel zur Verfassung außer Kraft gesetzt. Zur Dreifünftelklausel vergleiche neuerdings Ballingrud/ Dougherty (2018).

¹⁴ Ira Katznelson (2013) zeigt die große Ambivalenz der Demokratie- und Sozialstaatsreformen des *New Deals* von Franklin D. Roosevelt. Insbesondere die vorherrschende Furcht im Kontext von Krieg, wirtschaftlicher und sozialer Depression sowie politischer Unsicherheiten trieb die Reformen des *New Deal* an. Für dessen Zustandekommen waren aber vor allem die Demokraten aus den Südstaaten im Kongress verantwortlich, die Roosevelts Politik mittrugen. Die Rückständigkeit und Armut in den

Lebensbereiche der Amerikaner und bilde deshalb ein fundamentales Element des amerikanischen Exzeptionalismus. Die Rettung der amerikanischen Demokratie erfordere deshalb einen radikalen Bruch, bei dem die Einbettung des Rassismus in Politik und Gesellschaft entfernt werde. Die von Levitsky und Ziblatt vorgeschlagenen Methoden zur Rettung der Demokratie in den USA würden nicht zu einem solchen Bruch führen und seien deshalb keine geeigneten Heilmittel (Parker 2018).

sogar die Partei beherrsche. 20 bis 22 Prozent der Wähler der Partei seien reaktionär und 14 Prozent der republikanischen Fraktionen im Repräsentantenhaus gehörten dem sogenannten *Freedom Caucus* an. Dieser Parteiflügel sei nicht konservativ, sondern reaktionär eingestellt (Parker 2018). Parkers Unterscheidung zwischen konservativen und reaktionären Einstellungen sind in typologisch dargestellt. Auch ein ausgebauter Sozialstaat, z.B. nach skandinavischem Vorbild, ist nach Parkers Ansicht un-

Tabelle 1: Einstellungsunterschiede zwischen Konservativen und Reaktionären in den USA

Merkmal	Konservativ	Reaktionär
Gewalt	Meiden	Begrüßen
Rechtsstaat	Beachten	Unentschlossen, opportunistisch
Kompromissbereitschaft	Pragmatisch	Idealistisch, ablehnend gegenüber „Feinden“
Antrieb	Selbstbewusst und Selbstsicher	Befürchtung einer existentiellen Bedrohung, ängstlich und wütend über Möglichkeit „ihr“ Land zu verlieren

Quelle: Parker (2018)

Eine Reform der Republikanischen Partei sei wenig wahrscheinlich und deshalb nicht Erfolg versprechend, weil der extreme Flügel zu groß und stark sei und mittlerweile

geeignet, das Grundproblem der amerikanischen Demokratie zu beseitigen.¹⁵ Denn die *Perzeption*¹⁶ wirtschaftlicher Angst sei die Folge und nicht die Ursache von

Südstaaten machten diese Politiker empfänglich für Ideen der staatlichen Intervention in Märkte, der Ausweitung von Sozialpolitik sowie der Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften. Im Ergebnis wurde der amerikanische Staat reformiert: Es kam zu einer Ausweitung von Größe and Reichweite des Bundesstaates. Die ausdrückliche neue Aufgabe war es, Marktkapitalismus zu restrukturieren sowie öffentliches Interesse und Gemeingut zu fördern. Dafür musste jedoch ein hoher Preis bezahlt werden: Die im Süden vorherrschenden Rassismus und Vorherrschaft von Weißen konnten nicht angefasst werden, wenn die notwendige Unterstützung der Demokraten aus den Südstaaten für den *New Deal* nicht gefährdet werden sollte.

Auf diese Weise wurden Afro-Amerikaner von der Demokratie ausgeschlossen. Dieses Demokratiedefizit wirkt bis heute nach und bleibt ein zentraler politischer Konflikt.

¹⁵ Auch in diesem Punkt stimmen Parker und Schissler überein (Schissler 2019). Gesellschaftlicher Zusammenhalt wurde in den USA noch nie durch soziale Solidarität hergestellt. Er entstehe vor allem in Krisenzeiten, in denen die Ideologie des Amerikanismus – Zusammenhalt auf der Basis patriotischer Wertvorstellungen – manifest werde.

¹⁶ Parker weist daraufhin, dass 65 Prozent der Trump-Wähler nicht „sozial abgehängt“ seien. Sie verfügten über ein Jahreseinkommen über dem Medianeinkommen von \$50.000. Deshalb

rassistischer Abneigung. Anders als Skandinavien verfügten die USA nicht über eine relativ homogene Gesellschaft. Vielmehr werde die amerikanische Debatte zu sozialen Leistungsansprüchen (*entitlements*) beherrscht von einer Atmosphäre der rassistischen Stereotypen und Sündenbockargumenten (Parker 2018).

Valerie Bunce betrachtet die Gefährdung der Demokratie in den USA nicht so sehr durch die Brille nationaler Eigenheiten und Besonderheiten, sondern betont, dass internationale Einflüsse sowohl den Niedergang, als auch die Rückkehr zur Demokratie bewirken könnten. Wie schon Huntington mit seiner Beobachtung von Wellen (Huntington 1991), verweist Bunce auf zeitlich dichte Perioden, in denen sowohl demokratische Transformationen, als auch Niedergänge von Demokratien weltweit erfolgt seien. Deshalb vermutet sie, dass es Prozesse internationaler Diffusion gäbe, mit denen Wellen erklärbar würden (Bunce 2018).

Widerstand gegen die Demokratieerosion

Levitsky und Ziblatt gehören in eine wachsende Gruppe von Fachleuten, die dazu mahnen, in der gegenwärtig kritischen Situation für die amerikanische Demokratie, „das Richtige zu tun“. Dieser Appell ist normativ und entspringt den moralischen Wertvorstellungen aufrechter Demokraten. Pérez-Liñán mahnt jedoch, dass damit auch die Art und Form des Widerstands gegen Demokratiegegner diesen normativen Wertvorstellungen entsprechen müsse. Die Instrumente müssten gewaltfrei sein, sich innerhalb des Verfassungsrahmens bewegen und sich auf eine möglichst breite politische Koalition stützen (Pérez-Liñán 2018).

Der Verweis darauf, dass autoritär eingestellte politische Akteure die Haupttreiber demokratischen Niedergangs sind, umfasst

gehörten zwei Drittel der Trump Wähler in die obere Hälfte der Einkommensverteilung in der Gesellschaft.

auch das Gegenrezept: Politische Akteure mit Führungsfunktionen – insbesondere in etablierten Parteien – müssen die Demokratie verteidigen. Valerie Bunce weist darauf hin, dass sie dazu die Zukunft der Demokratie über ihre Machtambitionen und politische Programmatik stellen müssten. Dies sei jedoch keineswegs sichergestellt. Bunce fragt, ob es Erfolg versprechend sei, bei der Wiederherstellung von Demokratie gerade auf diejenigen Politiker und Parteien zu setzen, deren Scheitern autoritäre Führungskräfte zur Macht verholfen habe. Aus der Erforschung der erfolgreichen Transformation zur Demokratie folge eher, dass es die Macht der Bevölkerung, nicht die der politischen Parteien war, mit der Diktaturen abgelöst werden konnten. Allerdings seien zusätzlich ausgefeilte Strategien für die Kampagne, sowie eine noch nie dagewesene Zusammenarbeit aller Oppositionsführer, Parteien, der Zivilgesellschaft und einfachen Bürger ausschlaggebend gewesen, notfalls auf die Straße zu gehen (Bunce 2018).

In seiner Analyse demokratischer Revolutionen einschließlich des arabischen Frühlings weist Kurt Weyland in diesem Zusammenhang darauf hin, dass insbesondere die Verbindung der Bündelung aller demokratischen Kräfte mit der nachhaltigen Verfolgung einer politischen Strategie ausschlaggebend für den Erfolg von Demokratisierung sei. Konterrevolutionäre, autoritäre Eliten seien gegen den arabischen Frühling deshalb erfolgreich gewesen, weil die demokratischen Kräfte nicht hinreichend organisiert und strategisch unerfahren gewesen seien (Weyland 2012; 2016).

NETZWERKARTIGE KONSORTIEN ALS ELITEN

Ist von amerikanischen Eliten zu erwarten, dass sie „das Richtige tun“ und die Demokratie gegen autoritäre Führungsfiguren verteidigen? Neuere Forschungsarbeiten zur Rolle von Vermögenden in der Politik¹⁷

¹⁷ Siehe dazu vor allem die Beschreibung des Forschungsprojektes zur Veränderung der politischen Landschaft in den USA (Skocpol/

nähren Zweifel, dass Eliten sich für gesamtgesellschaftliche Demokratie einsetzen und ihre partikularen Interessen und Wertvorstellungen hinter dieses Gemeinwohl zurückstellen.¹⁸ Stattdessen treiben sie die gesellschaftliche Polarisierung voran. Vermögende Amerikaner – eine bedeutsame Elite – haben etwa seit dem Jahr 2000 ihren politischen Einfluss erheblich gestärkt, indem sie sich organisatorisch und strategisch neu aufstellten (Hertel-Fernandez/ Skocpol/ Sclar 2018; Skocpol/ Hertel-Fernandez 2016). Sie organisierten sich in neuen Netzwerken, sogenannten Konsortien, die nicht kurzfristige, problemspezifische Lobbyarbeit betreiben, sondern langfristig angelegt sowie ideologisch ausgerichtet sind und das gesamte Spektrum der politischen Beeinflussung von der Wählermobilisierung über das Agenda-Setzen bis zur Bedrängung von Mandatsträgern beherrschen und nutzen. Im Ergebnis schwächten sie die Demokratie eher als sie zu stärken,¹⁹ weil es systematisch gelingt, partikulare Interessen von vermögenden Bürgern durchzusetzen, die den Präferenzen der Mehrheit nicht entsprechen (Bartels 2012; Gilens/ Page 2014; Hacker/ Pierson 2005; 2014; Skocpol/ Hertel-Fernandez 2016).

Die Folgen von organisatorischen Unterschieden der Netzwerke

Sowohl Republikaner als auch Demokraten werden von Netzwerken bzw. Konsortien bestehend aus Superreichen unterstützt.

Thomas n.y.) und konzeptionell Maclean/ Harvey/ Kling (2017).

¹⁸ Matthew Hindman (2017) verweist in seinem sehr ausführlichen bibliographischen Überblick zur Forschung über Interessengruppen in den USA auf die wachsende Skepsis der Experten, dass der Pluralismus von Interessenvertretungen zu einem gesamtgesellschaftlichen Ausgleich führe. Angesichts wachsender wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft seit den 1960er Jahren - es wird vom sogenannten *New Gilded Age* (Bartels 2008) gesprochen - entstehe der Verdacht, dass Interessengruppen Ungleichheit eher verstärkten als sie zu verringern. Sehr viele Studien weisen

Dabei geht es aber vor allem auch darum, die Politik der politischen Parteien in Richtung der eigenen Präferenzen zu verschieben. Konsortien sind nicht selbstlos mildtätige, sondern zweckgerichtete Akteure. Auf der rechten Seite gründeten die vermögenden Koch Brüder (MacLean 2017) aus New York diese Netzwerke und trieben deren Ausbau sehr zielstrebig voran. Das wichtigste Konsortium ist *Americans for Prosperity* (AFP) (Skocpol/ Hertel-Fernandez 2016). Auf der linken Seite sind vor allen Dingen Reiche wie George Soros oder Bill Gates sowie entsprechende Stiftungen treibende Kräfte. Das herausragende Konsortium ist die *Democratic Alliance* (DA). Der Vergleich zwischen beiden Netzwerken zeigt jedoch, dass das rechte Netzwerke über viel größere Finanzressourcen verfügt und diese strategisch besser einzusetzen vermag, als das linke Netzwerk. Daher geht von den Koch Brüdern und der AFP eine sehr viel höhere politische Einflusswirkung aus als von der DA (Hertel-Fernandez/ Skocpol/ Sclar 2018).

Auch die beiden Parteien²⁰ in den USA – Republikaner und Demokraten – sind ähnlich asymmetrisch aufgestellt (Grossmann/ Hopkins 2016) wie die Netzwerke. Die Demokraten haben schon immer Koalitionen gebildet, die sich um viele, im wechselseitigen Wettbewerb stehenden Gruppen drehte, die gleichberechtigt behandelt wurden. Die Republikaner haben dagegen immer ideologisch homogenere

darauf hin, dass Vermögende, Eliten oder Privilegierte vom System der Interessenvertretung systematisch begünstigt würden. Auf diese Weise werde aber die Demokratie untergraben.

¹⁹ Die gängige Vorstellung der Politikwissenschaft, dass Parteien Wähler verlieren, wenn sie unpopuläre Politiken durchsetzen und sich deshalb wieder zur politischen Mitte orientieren, um diese Wähler zurückzugewinnen, trifft möglicherweise nicht mehr zu (Hacker/ Pierson 2014).

²⁰ In den klassischen Verankerungen waren die Demokraten mit der Gewerkschaftsbewegung und die Republikaner mit der Bewegung Christlicher Rechten verbunden (Heaney/ Rojas 2017: 182).

Organisationen geformt, die auch hierarchischer aufgebaut waren (Heaney/ Rojas 2017: 183). Die unterschiedliche Wählerbasis der beiden politischen Parteien erzwingt auch verschiedene Organisationsformen und operative Logiken, die man auch in den beiden Netzwerken wiederfinden kann (Grossmann/ Hopkins 2016; Hertel-Fernandez/ Skocpol/ Sclar 2018): Die Republikanische Partei und das konservative Netzwerk verfügen über eine relativ homo-

unterscheiden sich die zur Legitimierung der Politik vorgetragenen Argumente: Republikaner und ihre Netzwerke nutzen dafür vorzugsweise Verweise auf verbindende, konservative Wertvorstellungen, deren Bedeutung für ein konkretes politisches Problem dann interpretiert wird. Demokraten und ihre Konsortien nutzen dagegen Kenntnisse über soziale Sachverhalte bzw. Missstände und fordern dann deren Beseitigung oder Korrektur (Free/ Cantril

Tabelle 2: Typologie der Unterschiede zwischen den Parteien und den sie unterstützenden Konsortien

	Republikaner	Demokraten
Koalition	homogen, prinzipienbasiert	heterogen, gruppenbasiert
Zusammenhalt	Ideologie	soziale Integration von Verschiedenheiten
Organisation	vertikale Hierarchie	horizontal, flache Hierarchie
Präferenz	Prinzipientreue und -durchsetzung	Kompromissfindung, sozialer Ausgleich
Handlungslogik	Strategie	Mitgliedschaft
Legitimierung	Einsicht in Wertvorstellungen	Empirische Evidenz von Ungleichheit

gene Unterstützerbasis. Diese Homogenität wird zusätzlich dadurch gefördert, dass der Zusammenhalt auf verbindende Prinzipien (Ideologie) gestützt ist, so dass auch politische Kompromisse unnötig erscheinen oder sogar abgelehnt werden. Partei und Konsortien können hierarchisch aufgebaut werden und operieren nach der Logik der Strategie (Streeck 1992). Die Demokratische Partei und ihre Konsortien stützen sich dagegen auf eine sehr heterogene gesellschaftliche Basis aus sehr verschiedenen sozialen Gruppen (Gewerkschaften, Minderheiten; Universitäten, öffentlicher Dienst; Großstädter). Diese Heterogenität erzwingt eine flache Hierarchie der Organisation, um verschiedenste Interessen zu integrieren, Angebote zu vermitteln und Kompromisse zu finden. Die Partei und ihre Konsortien operieren nach der Logik der Mitgliedschaft (Streeck 1992). Mithin

1967; Grossmann/ Hopkins 2016). Tabelle 2 fasst diese Befunde übersichtlich zusammen.

Die sehr unterschiedliche Herangehensweise beider Seiten an Politik und Problemlösungen verdeutlicht, dass es kaum einen gemeinsamen und verbindenden Referenzrahmen gibt, der Deliberation in der Demokratie (Cohen 1989; Ferrell/ Old 2016; Girard 2015; Guggenberger 1995; Habermas 1992; 1996; Jennstål 2018; Offe 2011; Schultze 2010; Vasilev 2015) ermöglicht. Stattdessen werden die Überlegungen der anderen Seite zurückgewiesen und auf dem eigenen „richtigen“ Standpunkt beharrt. Beide Seiten sind dazu verdammt, sich im unversöhnlichen Wettbewerb gegen den Widerstand der anderen Seite durchzusetzen. Es gewinnt nicht das überzeugendere Argument, sondern die

durchsetzungsfähigere Seite. Eine überparteiliche Gemeinschaft ist auf dieser Grundlage nicht herstellbar. Jede Seite beharrt darauf, dass Gemeinschaft bedeute, die eigene Vorstellung gegen die Konkurrenz der anderen Seite durchzusetzen (Johnson 2013; Kuyper 2016).

Konsortien und Parteien

Das konservative Netzwerk *Americans for Prosperity* (AFP), pflegt zur Republikanischen Partei eine ähnliche Beziehung der „Verankerung“ (Schlozman 2011)²¹ wie früher die Gewerkschaften zu der Demokratischen Partei, die danach strebten, die Partei in Wirtschaftsfragen nach Links zu drängen. Unter Nutzung der gleichen Beeinflussungsmechanismen verschiebt die AFP die Republikanische Partei nach rechts und fördert dadurch massiv die politische Polarisierung in den USA (Hertel-Fernandez 2019; Hertel-Fernandez/ Skocpol 2016b; Skocpol/ Hertel-Fernandez 2016). Hertel-Fernandez (2019) sieht sogar eine Troika am Werk, die aus konservativen Aktivisten, vermögenden Spendern und großen Unternehmen bestehe, deren Interessen sich überschneiden. Gemeinsam hätten sie eine epochale Wendung der politischen Ökonomie der USA bewirkt: Die Macht von Gewerkschaften wurde erheblich beschnitten, das Parteiensystem polarisiert und Vermögen hochgradig auf einige Wenige konzentriert. Nichtsdestotrotz gibt es erhebliche Bruchstellen innerhalb des republikanischen Lagers²² und den es unterstützenden Interessengruppen. Netzwerkartige Konsortien setzen sich insbesondere in den Einzelstaaten

²¹ Die Verankerung einer Verbindung zwischen einer politischen Partei und einer Bewegung beruht auf folgenden Bedingungen: strategische Makler operieren sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parteiapparats; die Ziele der Makler sind sowohl die Interessen der Bewegung zu fördern als auch der Partei zu Wahlerfolgen zu verhelfen; die Parteiführung stimmt mit den Bewegungsführern überein, deren Politikprioritäten zu unterstützen, sofern sie darin eine Verbesserung von Wahlchancen sehen; Bewegungen stellen Parteien „Fußsoldaten“ zur Verfügung (Heaney/ Rojas 2017).

besonders dann wirksam durch, wenn ihnen keine Einzelstaatsgrenzen übergreifend agierende Unternehmensinteressen entgegen treten (Hertel-Fernandez/ Skocpol/ Lynch 2016). Die Interessen konservativer Konsortien und großer Unternehmen mögen sich zwar überschneiden, aber sie sind keineswegs deckungsgleich (Hertel-Fernandez/ Skocpol 2016a).

Kritische Einschätzung der empirischen Befunde

Die Erforschung von Konsortien als extrem mächtige und einflussreiche Elite zeigt überzeugend, dass es tatsächlich gelang, eine politische Agenda durchzusetzen, die nicht den Präferenzen der Bevölkerungsmehrheit entsprach.²³ Dies nährt erheblichen Zweifel an der Durchführbarkeit einer Demokratierettung, bei der Levitsky und Ziblatt vorwiegend auf Eliten setzen (Levitski/ Ziblatt 2018). Allerdings scheinen Hertel-Fernandez und Skocpol die inneren Konflikte im republikanischen Lager zu unterschätzen, wenn sie in partiellem Widerspruch zu ihren eigenen empirischen Befunden von einem „reinforcing realignment between business associations and far-right ideological groups like the Koch network“ sprechen (Skocpol/ Hertel-Fernandez 2016: 695). Überdies zeigt sich auch, dass die außenwirtschaftliche Agenda der Trump Administration mit den Interessen der amerikanischen Wirtschaft und wohl auch den konservativen Konsortien nicht in Einklang steht. Diese Agenda ist eher Ausdruck paleokonservativer Denkweisen, die von Trumps Stammwählerschaft und gerade

²² Zum Teil gehen diese Bruchstellen auf ideologische Differenzen innerhalb der konservativen Bewegung zurück (Dorrien 1993; Tuschhoff 2018).

²³ Grundlegend zu diesem Befund auch Gilens/ Page (2014) und Hacker/ Pierson (2014). Das amerikanische politische System heute ähnele eher dem des 19. und frühen 20. Jahrhunderts als dem der Mitte des 20. Jahrhunderts schreiben Hacker/ Pierson (2014: 659) in Endnote 101. In seiner Kommunikation mit dem Autor vertrat auch Jakob Schissler diese Auffassung.

nicht den Wirtschaftsverbänden unterstützt wird. Viele wohlhabende Wähler, die ihren Wahlentscheidungen Wirtschaftsinteressen zugrunde legen, wandten sich in den Kongresswahlen 2018 von der Republikanischen Partei ab (Tuschhoff 2018).

Überzeugend ist hingegen der Befund, dass netzwerkartige Konsortien die Republikanische Partei, ihre Führung und ihr Establishment erheblich geschwächt haben (Sattar 2019; Werz 2019). Im Schatten dieser Schwächung sind Konsortien jedoch nicht die einzigen Akteure, die politisch profitieren. Hertel-Fernandez und Skocpol greifen zu kurz, wenn sie den Wahlerfolg von Donald Trump damit erklären, dass Trump die große Lücke zwischen den Präferenzen der Bevölkerung und den Interessen der konservativen Konsortien ausgenutzt habe, die vom Establishment der Partei mitgetragen worden seien (Skocpol/ Hertel-Fernandez 2016: 695). Paleokonservative Wirtschaftspolitik, die Wirtschaft in den Dienst sozialer Gemeinschaft stellt und massivste Kritik am „*crony capitalism*“ der Superreichen übt, ist mit der Agenda konservativer Konsortien nicht vereinbar, die keinerlei gemeinschaftlichen Bezug aufweist (Brainbridge 2018; Kolozi 2017).

WÄHLER, PARTEIEN ODER INTERESSENGRUPPEN?

Die neuere Erforschung von netzwerkartigen Konsortien, die aus Superreichen bestehen, fügt sich ein in ein breiteres Forschungsprogramm, dessen Ergebnisse die amerikanische Demokratie in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen, als die jahrzehntelang vorherrschenden Auffassungen. Bisher war angenommen worden, dass sich Parteien, Kandidaten und Repräsentanten wie Abgeordnete, Senatoren, Gouverneure oder Präsidenten an den Wählern orientierten. Da die Mehrheiten von Wählerschaften jedoch nicht zu extremen politischen Positionen neigten, bestehe der Anreiz für Politiker darin, sich an deren Mitte – dem sogenannten Medianwähler – zu orientieren. Die das amerikanische politische System untersuchenden Politikwissenschaftler hatten sich deshalb an

diesem Gedankengang ausgerichtet, der von Anthony Downs 1957 theoretisch formuliert worden war (Downs 1957) und maßgeblich auf den Einsichten von Joseph Schumpeter (1942) beruhte (Shapiro 2002). Dieser theoretischen Position zufolge bewirkte der politische Wettbewerb zwischen Parteien und Kandidaten in einer Demokratie, dass die maßgeblichen Akteure ihr Verhalten an der politischen Mitte der Gesellschaft orientierten und diesen Mehrheitspositionen zur Durchsetzung verhalfen. Hinzu kommt, dass der demokratische Wettbewerb zu stabilen Verhältnissen in der Gesellschaft und damit der Demokratie führen würde.

Politikergebniszentrierte Analyse

Wie schon angedeutet, ziehen die Untersuchungen zu netzwerkartigen Konsortien diese herrschende Meinung in Zweifel. Denn politische Repräsentanten orientierten sich keineswegs am Medianwähler – der Mitte der Gesellschaft – sondern folgten eher den extremeren Positionen von Interessengruppen und Aktivisten. Deshalb setzten Hacker und Pierson den Anhängern der Demokratietheorie von Downs die Theorie von Elmer Schattschneider entgegen (Schattschneider 1935; 1942; 1960). Wie schon Hertel-Fernandez und Skocpol übten nicht Parteien und Politiker, sondern Interessengruppen und ihre Vertreter den ausschlaggebenden Einfluss in der amerikanischen Politik aus. Statt den Parteienwettbewerb und Wahlen in den Mittelpunkt der empirischen Analysen zu stellen, sollten die Politikergebnisse (*policy*) erhoben werden. Denn erst diese zeigten, wer sich im politischen System tatsächlich durchzusetzen vermag (Hacker/ Pierson 2014). Im Ergebnis entsteht ein Bild, in dem die amerikanische Demokratie nicht so sehr als Volksherrschaft durch gesellschaftliche Willensbildung, sondern als elitenbeherrschtes System (Oligarchie) gemalt wird. Denn meist gelingt es den Interessenvertretern, sich mit ihren von gesellschaftlichen Mehrheiten abweichenden, extremeren Positionen weitgehend durchzusetzen. Sie

erhielten ihren gewünschten „Politikpreis“ (*policy as prize*), indem sie sich organisierten, engagierten und durchsetzten. Kurz: Demokratie sei ein Wettbewerb zwischen Interessengruppen (Hacker/ Pierson 2014: 648).

Mechanismen der Interessendurchsetzung
Besonders aufschlussreich an dieser Schattschneiders Theorie folgenden, neueren Auffassung sind aber auch die Mechanismen, mit denen Interessengruppen sich politisch durchsetzen können. Denn es muss auch geklärt werden, warum die Gesellschaft im Sinne des Medianwählers sich gegen diese dominanten Interessengruppen nicht zu wehren vermag, obwohl die formalen Demokratierregeln wie das Wahlrecht ihr dazu die Möglichkeit gäbe.

Ohne dies ausdrücklich zu erwähnen, verweisen Hacker und Pierson zunächst auf das sogenannte Principal-Agent-Problem (Miller 2005; Schweber 2016), das in der Politikwissenschaft insbesondere im Zusammenhang mit politischer Repräsentanz (Pitkin 1967; 1969) vielfältig analysiert wurde. Im konkreten Zusammenhang der hier behandelten Debatte zwischen verschiedenen Demokratieverständnissen geht es dabei darum, ob Politiker als Repräsentanten (Agent) von Wählern als Auftraggeber (Principal) deren Wünsche und Aufträge haargenau erfüllen, oder dabei aufgrund eigener Meinungen vom Wählerwillen abweichende Entscheidungen treffen. Die empirische Analyse von Politikergebnissen weist sehr deutlich darauf hin, dass Politiker von der Mehrheitsmeinung der Wähler abweichen (Bawn et al. 2012; Gilens/ Page 2014; Hacker/ Pierson 2014; Skocpol/ Hertel-Fernandez 2016).

Ein wesentlicher Grund, warum das Principal-Agent-Problem Wähler benachteiligt und Interessengruppen begünstigt,²⁴ liegt darin, dass Wähler nicht über die

notwendige Zeit, Information und Ressourcen verfügen, um ständig zu prüfen, ob ihre gewählten Repräsentanten ihre Vorstellungen vertreten, oder selbständige bzw. vorwiegend von Interessengruppen gewünschte Entscheidungen treffen. Zwischen Wählern einerseits und Interessengruppen andererseits besteht die sogenannte Informationsasymmetrie (Hacker/ Pierson 2014: 650). Das Principal-Agent-Problem entsteht zunächst deshalb, weil die Möglichkeiten der Wähler zur Überwachung und Beaufsichtigung von gewählten Politikern gering sind. Diese soziale Beziehung beruht vielmehr weitgehend auf Vertrauen. Interessengruppen und ihre Vertreter sind dagegen nicht auf Vertrauen angewiesen, sondern verfügen über die notwendigen Ressourcen und den Anreiz, Politiker ständig zu überwachen und ggf. die Beachtung ihrer partikulären Interessen einzufordern (Bawn et al. 2012; Hacker/ Pierson 2014). Hinzu kommt, dass Politiker über ein reichhaltiges Repertoire verfügen, um sich der Überwachung durch ihre Wähler trickreich zu entziehen (Bawn et al. 2012: 584-585). Zusammen genommen führt das Principal-Agent-Problem dazu, dass Wähler bzw. gesellschaftliche Mehrheiten im Vergleich zu Interessengruppen systematisch benachteiligt sind. Sie können ihre gewählten Vertreter nicht überwachen und sind zusätzlich mit dem Problem kollektiven Handelns konfrontiert, dass für den Fall, dass ihnen das abweichende Verhalten ihrer gewählten Vertreter auffiele, sie Mehrheiten organisieren müssten, um diese Person abzuwählen oder des Amtes zu entheben.

Interessengruppen kommt jedoch noch eine weitere Schwäche von Wählerschaften bzw. gesellschaftlichen Mehrheiten zugute, der als „blinder Fleck“ bezeichnet wird (Bawn et al. 2012; Hacker/ Pierson 2014). Wähler erweisen sich als bemerkenswert uninformiert über Politik, Parteien,

²⁴ Die grundlegend unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten von Wählern einerseits und Interessengruppen andererseits könnten auch zur Erklärung beitragen, warum wohlhabende

Eliten bei der Demokratiebildung offenkundig nicht befürchten, durch demokratische Abstimmungen ihr Eigentum zu verlieren. Zu dieser Frage ist Ansell/ Samuels (2014) einschlägig.

politische Konflikte und die Positionen ihrer gewählten Vertreter. Dies trifft ganz besonders auf Wechselwähler zu, die in amerikanischen Wahlen den Ausschlag geben, welche Partei sich durchsetzt. Diese Unkenntnis erschwert es Wählern ganz erheblich, diejenigen Kandidaten zu wählen, deren politische Position ihrer eigenen am nächsten kommt. Sie werden zwar erkennen, so die Annahme, wenn Kandidaten erheblich von ihren Vorstellungen abweichen. Sobald diese Abweichung jedoch nicht sehr extrem ausfällt, entsteht der sogenannte „blinde Fleck“ - ein Raum politischer Positionen, in dem Wähler nicht erkennen, dass Kandidaten von ihren Idealvorstellungen abweichen, so dass die Wähler diesen Kandidaten dennoch ihre Stimme geben (Bawn et al. 2012: 576-578; Hacker/ Pierson 2014: 651).

Interessengruppen können den „blinden Fleck“ von Wählern strategisch dadurch nutzen, dass sie Kandidaten auswählen und unterstützen, deren Positionen innerhalb des „blinden Flecks“ der Wähler liegen, aber den Positionen der Interessengruppen doch sehr viel näher sind als den idealen oder ursprünglichen Positionen des Medianwählers (Bawn et al. 2012). An dieser Stelle der Argumentation liegt die Verbindung zu den Untersuchungen netzwerkartiger Konsortien von Hertel-Fernandez und Skocpol (Hertel-Fernandez 2019; Hertel-Fernandez/ Skocpol 2016a; b; Hertel-Fernandez/ Skocpol/ Lynch 2016; Hertel-Fernandez/ Skocpol/ Sclar 2018). Denn Interessenvertreter und ihre Aktivisten sind nicht nur mit erheblichen finanziellen Ressourcen ausgestattet, sondern verfügen auch über die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen, um Kandidaten zu identifizieren oder sogar als solche aufzubauen, deren politische Positionen zwar in den „blinden Fleck“ fallen, aber doch näher an den eigenen Zielen liegen als denen des Medianwählers. Kurz: Interessengruppen und

Aktivisten verfügen über strategische Handlungsfähigkeit, die Wählerschaften nicht zur Verfügung steht. Daraus erweist sich die Asymmetrie, die Interessengruppen begünstigt.

Da die Auswahl und Unterstützung von Kandidaten für politische Ämter nunmehr in den Mittelpunkt der Argumentation rückte, wird auch deutlich, welche großartigen Gelegenheiten politische Nominierungsverfahren darstellen, die Interessengruppen systematisch nutzen. Gerade im Falle der in den USA häufig praktizierten sogenannten Vorwahlen als Nominierungsverfahren zeigt sich, dass das Interesse und die Beteiligung der breiten Wählerschaft gering ist. Die zur Wahl stehenden Kandidaten werden nur von einer kleinen Minderheit von wirklich politisch Interessierten aufgestellt. Diese überschaubare Gruppe überschneidet sich häufig mit Interessengruppen und deren Aktivisten. Wähler können sich deshalb bei der späteren Wahl meist nur zwischen Kandidaten entscheiden, die *alle* nicht Positionen der Medianwähler, sondern diejenigen von Interessengruppen vertreten (Bawn et al. 2012: 585-589).²⁵ Zusammen genommen ermöglichen alle genannten Mechanismen - Informationsasymmetrie, Organisationsgrad, Principal-Agent-Problem, der „blinde Fleck“ und die Nominierungsverfahren – Interessengruppen und Aktivisten, ihre Politikziele auch dann durchzusetzen, wenn diese den Positionen der Medianwähler nicht entsprechen. Theorie und empirische Befunde verweisen darauf, dass das politische System der USA ganz erhebliche Gelegenheiten und Anreize schafft, sich mit ihren Positionen durchzusetzen und im Ergebnis den „Politikpreis“ (Hacker/ Pierson 2014: 648-649) einzufahren. Es gehört nicht besonders viel Phantasie dazu zu erkennen, dass dieser Anreiz sehr viel höher ist, als für die Demokratie „das Richtige zu tun“ (Levitski/ Ziblatt 2018). Deshalb

²⁵ Dies ist ein wichtiger Grund dafür, dass Morris Fiorina zu dem Schluss kommt, nicht die amerikanische Gesellschaft als Gesamtheit der

Wähler, sondern nur die politischen Parteien und Eliten seien politisch polarisiert (Fiorina/ Abrams/ Pope 2008; Fiorina/ Abrams 2008).

besteht erheblicher Zweifel daran, dass Demokratien von Eliten gerettet werden.

Kritische Einschätzung der Befunde zur Interessendurchsetzung

So einleuchtend und zwingend diese Argumentation zunächst erscheinen mag, so kritikwürdig ist sie aber auf den zweiten Blick. In der aktuellen politischen Lage ist deutlich, dass die von den zitierten Autoren durchgeführte Analyse auf Grundlage der Schattschneider folgenden Theorie (*policy-focused analysis*) die Wahl von Donald Trump sowie zahlreicher republikanischer Unterstützer des Präsidenten im Kongress nicht zu erklären vermag. Dies räumen Bawn et al. (2012: 588) ein und auch Hacker/ Pierson (2014) weisen darauf hin, dass Interessengruppen sich nicht in allen Fällen durchsetzen können. Der Wahlsieg Trumps, der maßgeblich von Wählern gestützt wird, die Superreichen und dem „*crony capitalism*“ kritisch gegenüberstehen, ist eher eine Anomalie für die Demokratietheorie von Schattschneider. Bestenfalls ließe sich einwenden, dass auch die treuen Trump-Wähler Opfer der Täuschungsstrategien von Interessengruppen und Aktivisten seien. Allerdings vermag der Verweis auf die Anomalie der Wahl Trumps nicht das zentrale Argument zu widerlegen, dass es in der amerikanischen Politik zu einer gravierenden strukturellen Verschiebung – einer Dezentralisierung des politischen Spektrums und zu einer Polarisierung – gekommen sei (Hacker/ Pierson 2005; 2014).

Eine weitere Kritik beruht deshalb auf den empirischen Ergebnissen des „Politik im offenen Wirtschaftssystem“ (*open economy politics*) genannten Forschungsprogramms, das der politikwissenschaftlichen Teildisziplin Internationale Beziehungen entstammt (Frieden/ Lake/ Schultz 2016; Lake 2009a; b). Sowohl die theoretische Konzeption (z.B. Rogowski 1989; 2000) als auch die empirischen Befunde (Broz/ Frieden 2001; Cohen 2015; 2016; Frieden 2009; 2015; Milner 1997; 1999; Milner/ Keohane 1996; Milner/ Mukherjee 2009; Milner/ Tingley

2015; Milner/ Tingley 2011) dieses Forschungsprogramms zeigen, dass wirtschaftliche Interessenverbände keinesfalls als gleichgerichtet handelnde Akteure aufgefasst werden können. Vielmehr gibt es gravierende Unterschiede und deshalb dauerhafte Konfliktlinien. So vertreten nach Heckscher und Ohlin Eigentümer von Produktionsfaktoren, die im Überfluss vorhanden sind, diametral entgegengesetzte Interessen zu Eigentümern von Produktionsfaktoren, an denen es einer Volkswirtschaft mangelt (Tuschhoff 2015: 101-102). Weitere Konfliktlinien zwischen Vertretern der Wirtschaft sind identifizierbar. Dazu gehören Konflikte zwischen produzierendem und Dienstleistungsgewerbe, zwischen Unternehmen verschiedener Größen oder Unternehmen in unterschiedlichen Branchen. Die der Politikfeldanalyse folgende Untersuchung unterschlägt diese Konfliktlinien und betrachtet wirtschaftliche Interessen als einheitliche Akteure, die ihr strategisches Durchsetzungsvermögen u.a. aus ihrer Homogenität bezieht. Die Politikfeldanalyse weist dabei eine Schwachstelle auf, weil sie Interessenkonstellationen jeweils nur politikfeldspezifisch erfassen kann. Auf diese Weise treten politikfeldübergreifende Konflikte, wie sie z.B. Milner/ Tingley (2015) herausarbeiten, in den Hintergrund. Es ist deshalb eher davon auszugehen, dass auch die Elite einer Gesellschaft intern erheblich stärker fragmentiert und deshalb heterogener ist, als Hacker/ Pierson (2014) zuzugeben bereit sind. Probleme kollektiven Handelns mögen zwar in der Elite nicht so ausgeprägt sein, wie in der Gesellschaft als Ganzes und ihre Organisation ist sicher hilfreich dabei, diese Hindernisse zu überwinden. Deshalb sollten die Konflikte innerhalb von Eliten jedoch nicht geleugnet werden. Denn sie schränken das strategische Durchsetzungsvermögen durchaus ein.

Schlussfolgerungen

Levitsky und Ziblatt haben mit ihrem Buch einen wichtigen Aufschlag gemacht, den Bestand und die Stabilität konsolidierter Demokratien nicht einfach anzunehmen,

sondern kritisch zu überdenken. Der Fokus auf die potentiell zerstörerische Kraft autoritärer Führungsfiguren und deren Missachtung von demokratischen Anstandsregeln ist ein wichtiger erster Befund. Wie schon die hier behandelten Buchbesprechungen andeuten, sollten weitere Forschungen erfolgen, die über den engen Fokus von Levitsky und Ziblatt hinausweisen. Dies betrifft auch die Empfehlung, dass Gegeneliten eine Rückkehr zum demokratischen Anstand erzwingen, indem sie „das Richtige tun“, denn es gibt große Zweifel daran, dass Eliten sich für den demokratischen Systemerhalt einsetzen und dafür auch ihre partikularen Präferenzen zurückstellen.

Gleichzeitig wurde hier gezeigt, dass die gegenwärtigen Herausforderungen konsolidierter Demokratien weit größer sind, als nur die sicherlich ernst zu nehmenden Attacken autoritärer Führungsfiguren. Die Stabilität des demokratischen Systems ist prekär und keineswegs garantiert. Darauf wiesen schon die eingangs zitierten deutschen Rechtswissenschaftler, Wirtschaftswissenschaftler und Entwicklungsforscher hin. Deshalb sollte sich ein breiter angelegtes Forschungsprogramm zur Stabilität oder Erosion konsolidierter Demokratien auch stärker an der Demokratietheorie und dem Forschungsstand orientieren, als dies bei Levitsky und Ziblatt der Fall ist. Hier gibt es eine große Vielfalt an Bedingungen für die Entstehung und den Erhalt von Demokratien, den Shapiro (2002: 255) folgendermaßen zusammenfasst:

- ◆ Demokratie ist das Produkt egalitärer Sitten,
- ◆ Demokratie ist ein Nebenprodukt der Modernisierung,
- ◆ Demokratie erfordert die Entstehung eines Bürgertums (Bourgeoisie),
- ◆ Demokratie beruht auf der Präsenz einer organisierten Arbeiterklasse
- ◆ Demokratie kann auf zahlreiche Weisen und sehr verschiedenen Wegen entstehen: durch inkrementale Entwicklung, Imitation, Kaskaden, einem

Kollaps, Zwang von oben, Revolutionen, ausgehandelten Vereinbarungen oder externer Auflage,

- ◆ Parlamentarische Systeme seien stabiler als präsidentielle, weil sie weniger zur Polarisierung neigen und weil präsidentielle Systeme nicht über Mechanismen zum Ausgleich verfügen,
- ◆ Für die Stabilität von Demokratien seien vor allem wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand erforderlich,
- ◆ Die Stabilität von Demokratien beruht vor allem auf der *output*-Legitimität (Scharpf 1998: 6-21), d.h. der Zufriedenheit mit den Politikergebnissen; eine normative Bindung an Demokratie sei nicht erforderlich.

Alle diese Aussagen sind gute Ansatzpunkte zur Erforschung von Demokratieerosion. Der letzte Punkt in dieser Aufzählung von Demokratieursachen und -stabilität verweist auf einen grundlegenden Konflikt zwischen den Vertretern der beiden konkurrierenden Sozialtheorien Rationalismus und Konstruktivismus (Tuschhoff 2015: 43; Wendt 1999). Denn auch die Demokratietheorie und -forschung wird von diesen beiden sozialtheoretischen Perspektiven durchdrungen. Dem Rationalismus zufolge beruht - zugespitzt formuliert - die Stabilität einer Demokratie ausschließlich auf dem strategischen Kosten-Nutzen-Kalkül von Akteuren, die über die Möglichkeit verfügen, die Demokratie zu zerstören. Nur wenn diese Akteure zu dem kalkulierten Schluss kommen, dass die Systemzerstörung nicht in ihrem Interesse liegt, wird die Demokratie erhalten bleiben. Kurz: die prekäre Selbstverpflichtung von Akteuren auf Demokratie beruht ausschließlich auf einem partikularen Kosten-Nutzen-Kalkül (Shapiro 2002: 257).

Während Levitsky und Ziblatt in ihrer Analyse, wie Demokratien sterben, autoritären Führungspersönlichkeiten bescheinigen, sich nicht auf den Demokratieerhalt verpflichtet zu haben, sondern systematisch und inkremental an der Zerstörung zu

arbeiten, gehen sie noch einen Schritt weiter: Demokratieerhalt erfordert nicht nur ein strategisches Kalkül, sondern auch eine normative Selbstbindung an die Regeln demokratischen Anstands - insbesondere Nachsicht und wechselseitige Tolerierung (Levitski/ Ziblatt 2018). Diese Annahme wird im Übrigen von nahezu allen oben zitierten Rezensenten dieses Buches, wie *Demokratien sterben*, geteilt und weist auf seinen konstruktivistischen Charakter hin, der auch in die zentrale Politikempfehlung einfließt: Demokratie kommt ohne normative Bindung der Akteure an das System nicht aus. Und gegen zerstörerische Angriffe autoritärer Führungspersonalitäten müssen Gegeneliten - gestützt auch auf ihre normative Selbstverpflichtung auf das demokratische System - tätig werden und vor allem die Anstandsregeln neu etablieren.

Der Konflikt zwischen Rationalismus und Konstruktivismus wird auch an einer anderen Stelle der Debatte zwischen verschiedenen Demokratietheoretikern deutlich. Denn es gibt zwei verschiedene Konzeptionen von Gemeinwohl. Auf ein solches Gemeinwohl kann auf zweierlei Weise hingearbeitet werden.

Der Variante der Aggregation zufolge entsteht Gemeinwohl dadurch, dass demokratische Verfahren dazu anleiten, wie eine Lösung aussieht, die von einer Mehrheit getragen wird. Zu diesem Zweck werden im Kern unveränderliche Präferenzen von Akteuren solange sortiert, gebündelt, vernetzt oder ignoriert, bis eine mehrheitsfähige Lösung eines Problems gefunden ist. Die entsprechende Literatur über die Vor- und Nachteile verschiedener Entscheidungsregeln, die diese Aggregationsverfahren von Präferenzen bilden (siehe Übersicht in Bawn et al. 2012: 572-573), sei deshalb auch sehr technischer Natur, urteilt Shapiro (2002: 237). Eine Gesellschaft, die Gemeinwohl überwiegend durch Aggregation produziert, verfügt aber kaum über Möglichkeiten, Strukturen einer sozialen Gemeinschaft hervorzubringen. Da alle oben genannten

Autoren, die im Forschungsprogramm von Schattschneiders Theorie arbeiten und die rationalistischen Annahmen fixierter Präferenzen teilen, verbindet sie die Überzeugung, dass in den USA soziale Gemeinschaften kaum entstehen und entwickelt werden können. Es besteht nur ein schwach ausgeprägter normativer Minimalkonsens. Es sei legitim, seine Interessen in einem ungezügelter Wettbewerb innerhalb der Gesellschaft wahrzunehmen und versuchen durchzusetzen. Es sei deshalb statthaft, danach zu streben, was Hacker/Pierson (2014: 648-649) den „Politikpreis“ nennen. In dieser Variante fehlen weitgehend die von Levitski und Ziblatt geforderten demokratischen Anstandsregeln, ebenso wie die von den zitierten deutschen Rechtswissenschaftlern gewünschte „moralische Substanz des einzelnen“ (Böckenförde 1976: 60), die die Grundlage einer sozialen Gemeinschaft bildet.

Die alternative Variante der Deliberation erzeugt Gemeinwohl nicht als Aggregation fixierter Präferenzen, sondern durch deren Transformation. Dies kann auf zwei Wegen geschehen. Erstens ist es möglich, dass Beteiligte ihre Entscheidung zur Zustimmung zu einer bestimmten Problemlösung nicht (oder nicht ausschließlich) an den eigenen Präferenzen ausrichten, sondern an ihrer Vorstellung davon, was gut ist für die Gesamtgesellschaft (Shapiro 2002: 238). Zweitens besteht die Möglichkeit, dass die Beteiligten ihre ursprünglichen Präferenzen ändern, wenn sie im Zuge der Beratung zu der Auffassung gelangen, dass es andere, ihrer ursprünglichen Meinung gegenüber überlegenen Problemlösungen gibt. Dieser Weg ist die Grundlage für die Forderung nach kommunikativem Handeln (Habermas 1991; Risse 2000). Wie an vielen Stellen, besteht der große Unterschied zwischen Rationalismus und Konstruktivismus auch hier darin, ob Akteure und ihre Präferenzen als fest und unveränderlich oder als flexibel und transformierbar angesehen werden müssen (Wendt 1999; Wendt 1987; 1992).

Zurecht weist Shapiro kritisch darauf hin, dass Deliberation nicht zwangsläufig zu Präferenzänderungen, Problemlösungen und Gemeinwohlherstellung führt. Ebenso denkbar ist, dass Deliberation spaltet (Shapiro 2002: 238-239). Demokratiegegner können Deliberation ebenso nutzen wie Demokratieförderer.²⁶ Die Mechanismen der Normbildung für *und* gegen Demokratie sind ähnlich. Die Norminhalte sind gerade *nicht* vorgegeben, sondern ergebnisoffen. Deliberation kann deshalb entweder zu einer liberalen oder zur illiberalen (Kirn 2018; Kolozi 2017; Posen 2018) Demokratie führen. Shapiro übersieht allerdings, dass Normen ohne Deliberation nicht entstehen. Aggregation ist kein Weg der Normbildung. Sie führt zur Bildung mehr oder weniger dauerhafter politischer Koalitionen von Akteuren, die auf Zweckmäßigkeit statt auf geteilter Überzeugung beruhen.

Wenn Deliberation zwar keine Garantie enthält, aber zumindest die Möglichkeit schafft, dass geteilte Überzeugungen (Normen) entstehen, so weist sie über die Produktion von Gemeinwohl (*common good*) hinaus auf die Möglichkeit der Bildung

sozialer Gemeinschaften (Deutsch 1954; 1957; Katzenstein 1996), die Shapiro übersieht. Wechselseitige Toleranz und institutionalisierte Nachsicht (Levitski/ Ziblatt 2018) sind deshalb gemeinschaftsbildende Normen liberaler Demokratien. Ihre Missachtung oder sogar gezielte Verletzung zerstört die soziale Gemeinschaft liberaler Demokraten.²⁷

Die sowohl gesellschaftlich als auch politikwissenschaftlich relevanten Fragen der nachfolgenden Demokratieforschung in den USA und darüber hinaus sind deshalb zunächst grundsätzlicher Natur: Erfordert lebendige Demokratie die Bildung, Beachtung und Verpflichtung auf liberale Normen, weil nur so eine demokratische Gemeinschaft Bestand haben kann; oder ist es hinreichend, Demokratie auf Aggregation von Präferenzen und Prozesse von Koalitionsbildungen zu stützen? Welche Bedingungen geben den Ausschlag, ob Deliberation zu liberalen oder zu illiberalen Gemeinschaften führen? Ein anstehendes politikwissenschaftliches Forschungsprogramm *warum* Demokratien sterben, wird sich dieser Grundsatzfragen annehmen müssen.

Literaturverzeichnis

- Abramowitz, Alan I. (2010), *The Disappearing Center. Engaged Citizens, Polarization, and American Democracy* New Haven, CT: Yale University Press.
- Abramowitz, Alan I./ Saunders, Kyle L. (2008), 'Is Polarization a Myth?', *The Journal of Politics*, 70 (02): 542-555.
- Acemoglu, Daron/ Robinson, James A. (2012), *Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity, and Poverty* London, UK: Profile Books.
- Ahmari, Sohrab (2018), Democracy Dies in Smugness. The People vs. Democracy: Why Our Freedom Is in Danger and How to Save It, 'Yascha Mounk (2018), *The People versus Democracy*, Cambridge, MA: Harvard University Press,' 145 (2):46-48.
- Aldrich, John H. (2018), Book Review, 'James E. Campbell (2016). *Polarized. Making Sense of a Divided America*. Princeton, NJ: Princeton University Press,' *Journal of Politics*, 80 (1):E1-E4.
- Alvares, Claudia/ Dahlgren, Peter (2016), 'Populism, Extremism and Media. Mapping an Uncertain Terrain', *European Journal of Communication*, 31 (1): 46-57.

²⁶ Ein Beispiel dafür ist die konservative Kritik an liberalen Theoretikern wie Mounk (Ahmari 2018).

²⁷ Die Ideen der paleokonservativen Bewegung in den USA, die zur politischen Basis von

Präsident Trump gehört, konstruieren eine soziale Gemeinschaft, die gerade *nicht* auf wechselseitiger Tolerierung und Nachsicht, sondern Ausgrenzung und Unterdrückung beruht (Kolozi 2017; Tuschhoff 2018).

Christian Tuschhoff – Wie Demokratien sterben

- Ansell, Ben W./ Samuels, David J. (2014), *Inequality and Democratization. An Elite Competition Approach* Cambridge, UK; New York, NY: Cambridge University Press.
- Azari, Julia (2016), 'Weak Parties and Strong Partisanship are a Bad Combination', Blog: Mischief of Faction, (online: <https://www.vox.com/mischiefs-of-faction/2016/11/3/13512362/weak-parties-strong-partisanship-bad-combination>, abgerufen: February 12, 2019).
- Ballingrud, Gordon/ Dougherty, Keith L. (2018), 'Coalitional Instability and the Three-Fifths Compromise', *American Journal of Political Science*, 62 (4): 861-872.
- Bartels, Larry M. (2008), *Unequal Democracy. The Political Economy of the New Gilded Age* New York, NY; Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Bartels, Larry M. (2012), *The New Gilded Age: From "Unequal Democracy"* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Bartels, Larry M. (2018), 'Partisanship in the Trump Era', *The Journal of Politics*, 80 (4): 1483-1494.
- Bawn, Kathleen/ Cohen, Martin/ Karol, David/ Masket, Seth/ Noel, Hans/ Zaller, John (2012), 'A Theory of Political Parties: Groups, Policy Demands and Nominations in American Politics', *Perspectives on Politics*, 10 (3): 571-597.
- Berman, Sheri (2018), Book Review, 'Steven Levitsky; Daniel Ziblatt (2018), How Democracies Die, New York, NY: Crown,' *Perspectives on Politics*, 16 (4):1092-1094.
- Bermeo, Nancy Gina (2003), *Ordinary People in Extraordinary Times. The Citizenry and the Breakdown of Democracy* Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1976), *Staat, Gesellschaft, Freiheit: Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht*, 1. Aufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Brainbridge, Stephen M. (2018), 'Conservative Critiques of Capitalism', *American Affairs*, II (3): 113-125.
- Broz, J. Lawrence/ Frieden, Jeffrey A. (2001), 'The Political Economy of International Monetary Relations', *Annual Review of Political Science*, 4: 317-343.
- Bunce, Valerie (2018), Book Review, 'Steven Levitsky; Daniel Ziblatt (2018), How Democracies Die, New York, NY: Crown,' *Perspectives on Politics*, 16 (4):1103-1104.
- Campbell, James E. (2018), *Polarized. Making Sense of a Divided America* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Cohen, Benjamin J. (2015), *Currency Power. Understanding Monetary Rivalry* Princeton, NJ; Oxford, UK: Princeton University Press.
- Cohen, Benjamin J. (2016), 'The IPE of Money Revisited', *Review of International Political Economy*, 24 (4): 657-680.
- Cohen, Joshua (1989), 'Deliberation and Democratic Legitimacy' in: Alan Hamlin/ Pettit, Philip (Hrsg.), *The Good Polity. Normative Analysis of the State* Oxford, UK; New York, NY: Basil Blackwill,
- Collier, Paul (2019), Sozialer Kapitalismus!, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 24. Februar 2019, 22.
- Connolly, William E. (2018), Book Review, 'Steven Levitsky; Daniel Ziblatt (2018), How Democracies Die, New York, NY: Crown,' *Perspectives on Politics*, 16 (4):1095-1096.
- Cramer, Katherine J. (2018), Book Review, 'Steven Levitsky; Daniel Ziblatt (2018), How Democracies Die, New York, NY: Crown,' *Perspectives on Politics*, 16 (4):1097-1098.
- Cramer, Katherine Jean (2016), *The Politics of Resentment. Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker* Chicago, IL; London, UK: University of Chicago Press.
- Deneen, Patrick J. (2017), 'The Tragedy of Liberalism', *The Hedgehog Review*, 19 (3)
- Deneen, Patrick J. (2018), *Why Liberalism Failed* New Haven, CT: Yale University Press.

Christian Tuschhoff – Wie Demokratien sterben

- Deutsch, Karl W. (1954), *Political Community at the International Level. Problems of Definition and Measurement* Garden City, NY: Doubleday.
- Deutsch, Karl W. (1957), *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Dorrien, Gary J. (1993), *The Neoconservative Mind. Politics, Culture, and the War of Ideology* Philadelphia, PA: Temple University Press.
- Downs, Anthony (1957), *An Economic Theory of Democracy* New York, NY: Harper & Row.
- Ferrell, Robert E./ Old, Joe (2016), 'The Force of the Better Argument: Americans Can Learn Something from Jürgen Habermas and "Deliberative Democracy"', *Open Journal of Philosophy*, 6 (3): 215-238.
- Fiorina, Morris P./ Abrams, Samuel A./ Pope, Jeremy C. (2008), 'Polarization in the American Public: Misconceptions and Misreadings', *The Journal of Politics*, 70 (02): 556-560.
- Fiorina, Morris P./ Abrams, Samuel J. (2008), 'Political Polarization in the American Public', *Annual Review of Political Science*, 11 (1): 563-588.
- Fishman, Robert M. (2016), 'Rethinking Dimensions of Democracy for Empirical Analysis: Authenticity, Quality, Depth, and Consolidation', *Annual Review of Political Science*, 19 (1): 289-309.
- Foa, Roberto Stefan/ Mounk, Yascha (2016), 'The Danger of Deconsolidation. The Democratic Disconnect', *Journal of Democracy*, 27 (3): 5-17.
- Foa, Roberto Stefan/ Mounk, Yascha (2017), 'The Signs of Deconsolidation', *Journal of Democracy*, 28 (1): 5-15.
- Free, Lloyd A./ Cantril, Hadley (1967), *The Political Beliefs of Americans. A Study of Public Opinion* New Brunswick, N.J.: Rutgers.
- Frieden, Jeffrey A. (2009), 'Invested Interests. The Politics of National Economic Policies in a World of Global Finance', *International Organization*, 45 (04): 425.
- Frieden, Jeffrey A. (2015), *Currency Politics. The Political Economy of Exchange Rate Policy* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Frieden, Jeffrey A./ Lake, David A./ Schultz, Kenneth A. (2016), *World Politics. Interests, Interactions, Institutions*, 3rd International Students Edition. Aufl. New York, NY; London, UK: W.W. Norton.
- Fukuyama, Francis (2018a), 'Against Identity Politics', *Foreign Affairs*, 97 (5): 90-114.
- Fukuyama, Francis (2018b), 'Gegen Identitätspolitik', in: *Der Spiegel*, 42, 13. Oktober 2018, 118.
- Funke, Manuel/ Schularick, Moritz/ Trebesch, Christoph (2015), *Going to the Extremes: Politics after Financial Crisis, 1870-2014*. Center for Economic Studies & Ifo Institute, CESifo Working Papers 5553 München: Center for Economic Studies & Ifo Institute.
- Gilens, Martin/ Page, Benjamin I. (2014), 'Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens', *Perspectives on Politics*, 12 (03): 564-581.
- Ginsburg, Tom/ Huq, Aziz Z. (2018), *How to Save a Constitutional Democracy* Chicago, IL; London, UK: University of Chicago Press.
- Girard, Charles (2015), 'Making Democratic Contestation Possible. Public Deliberation and Mass Media Regulation', *Policy Studies*, 36 (3): 283-297.
- Grossmann, Matthew/ Hopkins, David A. (2016), *Asymmetric Politics. Ideological Republicans and Group Interest Democrats* New York, NY: Oxford University Press.
- Guggenberger, Bernd (1995), 'Demokratie/Demokratietheorie' in: Dieter Nohlen/ Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.), *Politische Theorien* München: C.H. Beck, 36-49.
- Habermas, Jürgen (1991), *Theorie des kommunikativen Handelns. 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*, 2. Aufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Christian Tuschhoff – Wie Demokratien sterben

- Habermas, Jürgen (1992), *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats* Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen (1996), *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie* Frankfurt/M; Alexandria, VA: Suhrkamp Verlag/ Alexander Street Press.
- Hacker, Jacob S./ Pierson, Paul (2005), *Off Center. The Republican Revolution and the Erosion of American Democracy* New Haven, CT: Yale University Press.
- Hacker, Jacob S./ Pierson, Paul (2014), 'After the "Master Theory": Downs, Schattschneider, and the Rebirth of Policy-Focused Analysis', *Perspectives on Politics*, 12 (3): 643-662.
- Heaney, Michael T./ Rojas, Fabio (2017), Critical Dialogue, 'Daniel Schlozman (2015). When Movements Anchor Parties. Electoral Alignments in American History; Princeton, NJ: Princeton University Press,' *Perspectives on Politics*, 15 (1):182-183.
- Hertel-Fernandez, Alex (2019), *State Capture. How Conservative Activists, Big Businesses, and Wealthy Donors Reshaped the American States and the Nation* New York, NY: Oxford University Press.
- Hertel-Fernandez, Alexander/ Skocpol, Theda (2016a), *Billionaires against Big Business. Growing Tensions in the Republican Party Coalition*, Konferenz zu Midwest Political Science Association, Chicago, IL, April 8, 2016 (http://terrain.gov.harvard.edu/files/terrain/files/billionaires_against_big_business-growing_tensions_in_the_republican_party_coalition.pdf?m=1463891611 abgerufen am: March 4, 2019).
- Hertel-Fernandez, Alexander/ Skocpol, Theda (2016b), 'Why the States Turned Right', *Democracy: A Journal of Ideas*, 39: 46-59.
- Hertel-Fernandez, Alexander/ Skocpol, Theda/ Lynch, Daniel (2016), 'Business Associations, Conservative Networks, and the Ongoing Republican War over Medicaid Expansion', *Journal of Health Politics Policy and Law*, 41 (2): 239-86.
- Hertel-Fernandez, Alexander/ Skocpol, Theda/ Sclar, Jason (2018), 'When Political Mega-Donors Join Forces: How the Koch Network and the Democracy Alliance Influence Organized U.S. Politics on the Right and Left', *Studies in American Political Development*, 32 (2): 127-165.
- Hesse, Konrad (1980), *Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik deutschland*, 12. Aufl. Heidelberg; Karlsruhe: C.F. Müller.
- Hindman, Matthew Dean (2017), 'Interest Groups and Inequality in the United States', *Oxford Bibliographies*
- Holland, Alisha C. (2016), 'Forbearance', *American Political Science Review*, 110 (2): 232-246.
- Huntington, Samuel P. (1991), *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century* Norman: University of Oklahoma Press.
- Jennstål, Julia (2018), 'Deliberative Participation and Personality. The Effect of Traits, Situations, and Motivation', *European Political Science Review*, 10 (3): 417-440.
- Johnson, Paul (2013), *Imagining American Democracy. The Rhetoric of New Conservative Populism* Thesis, Communication Studies, University of Iwo: Ann Arbor, MI.
- Katzenstein, Peter J., Hrsg., (1996), *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York, NY: Columbia University Press.
- Katznelson, Ira (2013), *Fear Itself. The New Deal and the Origins of Our Time*, 1. ed. Aufl. New York, NY: Liveright.
- Kirn, Walter (2018), Illiberal Values, in: *Harper's Magazine* August (online: <https://harpers.org/archive/2018/08/illiberal-values/>, abgerufen: July 31, 2018).
- Kolozi, Peter (2017), *Conservatives Against Capitalism. From the Industrial Revolution to Globalization* New York, NY: Columbia University Press.

Christian Tuschhoff – Wie Demokratien sterben

- Kuyper, Jonathan W. (2016), 'Systemic Representation: Democracy, Deliberation, and Nonelectoral Representatives', *American Political Science Review*, 110 (02): 308-324.
- Lake, David A. (2009a), 'Open Economy Politics. A Critical Review', *The Review of International Organizations*, 4 (3): 219-244.
- Lake, David A. (2009b), 'TRIPs Across the Atlantic. Theory and Epistemology in IPE', *Review of International Political Economy*, 16 (1): 47-57.
- Levitski, Steven/ Ziblatt, Daniel (2018), *How Democracies Die* New York, NY: Crown.
- Levitsky, Steven/ Murillo, María Victoria (2009), 'Variation in Institutional Strength', *Annual Review of Political Science*, 12 (1): 115-133.
- Lilla, Mark (2016), 'The End of Identity Liberalism', (online: http://www.nytimes.com/2016/11/20/opinion/sunday/the-end-of-identity-liberalism.html?_r=1, abgerufen: November 20, 2016 2016).
- Maclean, Mairi/ Harvey, Charles/ Kling, Gerhard (2017), 'Elite Business Networks and the Field of Power: A Matter of Class?', *Theory, Culture & Society*, 34 (5-6): 127-151.
- MacLean, Nancy (2017), *Democracy in Chains. The Deep History of the Radical Right's Stealth Plan for America* New York, NY: Viking.
- Mann, Thomas E./ Ornstein, Norman J. (2012), *It's Even Worse than It Looks. How the American Constitutional System Collided with the New Politics of Extremism* New York, NY: Basic Books.
- Matovski, Aleksandar (2018), 'It's the Stability, Stupid! How the Quest to Restore Order After the Soviet Collapse Shaped Russian Popular Opinion', *Comparative Politics*, 50 (3): 347-390.
- Merkel, Wolfgang (2013), 'Gibt es eine Krise der Demokratie?', *WZB Mitteilungen*, 139: 6-9.
- Merkel, Wolfgang (2014), 'Is Capitalism Compatible with Democracy?', *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 8 (2): 109-128.
- Merkel, Wolfgang (2015), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie* Wiesbaden: Springer VS.
- Merkel, Wolfgang (2016), 'The Challenge of Capitalism to Democracy', *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 10 (1): 61-80.
- Miller, Gary J. (2005), 'The Political Evolution of Principal-Agent Models', *Annual Review of Political Science*, 8: 203-225.
- Milner, Helen V. (1997), *Interests, Institutions, and Information: Domestic Politics and International Relations* Princeton: Princeton University Press.
- Milner, Helen V. (1999), 'The Political Economy of International Trade', *Annual Review of Political Science*, 2: 91-114.
- Milner, Helen V./ Keohane, Robert O. (1996), 'Internationalization and Domestic Politics: An Introduction' in: Robert O. Keohane/ Milner, Helen V. (Hrsg.), *Internationalization and Domestic Politics* Cambridge, UK: Cambridge University Press, 3-24.
- Milner, Helen V./ Mukherjee, Bumba (2009), 'Democratization and Economic Globalization', *Annual Review of Political Science*, 12 (1): 163-181.
- Milner, Helen V./ Tingley, Dustin (2015), *Sailing the Water's Edge. The Domestic Politics of American Foreign Policy* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Milner, Helen V./ Tingley, Dustin H. (2011), 'Who Supports Global Economic Engagement? The Sources of Preferences in American Foreign Economic Policy', *International Organization*, 65 (1): 37-68.
- Mounk, Yascha (2017), 'European Disunion', *The New Republic*, 248 (8-9): 58-63.
- North, Douglass C./ Wallis, John Joseph/ Weingast, Barry R. (2009), *Violence and Social Orders. A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History* Cambridge, UK; New York, NY: Cambridge University Press.

Christian Tuschhoff – Wie Demokratien sterben

- North, Douglass C./ Wallis, John Joseph/ Weingast, Barry R., Hrsg., (2013), *In the Shadow of Violence. Politics, Economic, and the Problems of Development*, Cambridge, UK; New York, NY; Melbourne; Madrid; Cape Town; Singapore; Sao Paulo; Delhi; Mexico City: Cambridge University Press.
- Offe, Claus (2011), 'Crisis and Innovation of Liberal Democracy. Can Deliberations Be Institutionalised?', *Czech Sociological Review*, 47 (3): 447-472.
- Parker, Christopher S. (2018), Book Review, 'Steven Levitsky; Daniel Ziblatt (2018), How Democracies Die, New York, NY: Crown,' *Perspectives on Politics*, 16 (4):1099-1100.
- Pérez-Liñán, Anibal (2018), Book Review, 'Steven Levitsky; Daniel Ziblatt (2018), How Democracies Die, New York, NY: Crown,' *Perspectives on Politics*, 16 (4):1101-1102.
- Pitkin, Hanna F. (1967), *The Concept of Representation* Berkeley, CA; Los Angeles, CA: University of California Press.
- Pitkin, Hanna F., Hrsg., (1969), *Representation*, New York, NY: Atherton Press.
- Posen, Barry A. (2018), 'The Rise of Illiberal Hegemony. Trump's Surprising Grand Strategy', *Foreign Affairs*, 97 (2): 20-27.
- Putnam, Robert D. (1993), *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy* Princeton: Princeton University Press.
- Putnam, Robert D. (2000), *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community* New York, NY; London, Toronto, Sydney, Singapore: Simon & Schuster.
- Putnam, Robert D., Hrsg., (2002), *Democracies in Flux. The Evolution of Social Capital in Contemporary Society*, Oxford, UK: Oxford University Press.
- Rajan, Raghuram (2019), *The Third Pillar. The Revival of Community in a Polarised World* London, UK: William Collins.
- Reckwitz, Andreas (2017), *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne* Berlin: Suhrkamp.
- Risse, Thomas (2000), "'Let's Argue!': Communicative Action in World Politics', *International Organization*, 54 (1): 1-39.
- Rodrik, Dani (2017), *Populism and the Economics of Globalization*: John F. Kennedy School of Government Cambridge, MA: (online: https://drodrik.scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/populism_and_the_economics_of_globalization.pdf, abgerufen: August 13, 2017.)
- Rogowski, Ronald (1989), *Commerce and Coalitions. How Trade Affects Domestic Political Alignments* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Rogowski, Ronald (2000), 'Commerce and Coalitions. How Trade Affects Domestic Political Alignments' in: Jeffrey A. Frieden/ Lake, David A. (Hrsg.), *International Political Economy. Perspectives on Global Power and Wealth*, 4. Aufl. Belmont, CA et.al.: Thomson & Wadsworth, 318-326.
- Sattar, Majid (2019), Für die Seele der Republikanischen Partei, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. März 2019, 2.
- Schäfer, Armin (2009a), 'Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet' in: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Hrsg.), *MPIfG Jahrbuch 2009/10* Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 33-38.
- Schäfer, Armin (2009b), 'Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie', *Der Moderne Staat - Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* (1): 159-183.
- Schäfer, Armin/ Fehrkamp, Robert/ Gagné, Jérémie Felix (2013), *Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*: Bertelsmann Stiftung Gütersloh: (online: <http://www.bertelsmann->

Christian Tuschhoff – Wie Demokratien sterben

- stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-74939392-7F2BCE0A/bst/xcms_bst_dms_39163_39164_2.pdf, abgerufen: 13. Dezember 2013.)
- Scharpf, Fritz W. (1998), *Governing in Europe. Effective and Democratic?* Oxford, UK: Oxford University Press.
- Schattschneider, Elmer E. (1935), *Politics, Pressures and the Tariff. A Study of Free Private Enterprise in Pressure Politics, as Shown in the 1929 - 1930 Revision of the Tariff* New York, NY: Prentice Hall.
- Schattschneider, Elmer E. (1942), *Party Government* New York: Farrar and Rinehart.
- Schattschneider, Elmer E. (1960), *The Semisovereign People. A Realist's View of Democracy in America* New York, NY: Holt, Rinehart & Winston.
- Schissler, Jakob (2019), *Demokratie - Republik - Rassismus*, Korrespondenz mit dem Autor, 6. Februar 2019.
- Schlozman, Daniel (2011), *The Making of Partisan Majorities. Parties, Anchoring Groups, and Electoral Change*, Ph.D. Thesis, Government and Social Policy, Harvard University: Ann Arbor, MI.
- Schubert, Sophia/ Weiß, Alexander, Hrsg., (2016), *"Demokratie" jenseits des Westens. Theorien, Diskurse, Einstellungen*: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Schultze, Rainer-Olaf (2010), 'Deliberative Demokratie' in: Dieter Nohlen/ Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.), *Lexikon der Politikwissenschaft Band 1: A-M*, 4. Aufl. München: C.H. Beck, 133-134.
- Schumpeter, Joseph A. (1942), *Capitalism, Socialism, and Democracy* New York, NY: Harper & Brothers.
- Schweber, Howard (2016), 'The Limits of Political Representation', *American Political Science Review*, 110 (02): 382-396.
- Shapiro, Ian (2002), 'The State of Democratic Theory' in: Ira Katznelson/ Milner, Helen V. (Hrsg.), *Political Science: The State of the Discipline* New York, NY/ London, UK/ Washington, DC: W.W. Norton & Company/ American Political Science Association, 235-265.
- Skocpol, Theda/ Hertel-Fernandez, Alexander (2016), 'The Koch Network and Republican Party Extremism', 14 (3): 681-699.
- Skocpol, Theda/ Thomas, Victor S. (n.y.), 'Research on the Shifting U.S. Political Terrain', (online: <https://terrain.gov.harvard.edu/>, abgerufen: February 27 2017).
- Streeck, Wolfgang (1992), *Social Institutions and Economic Performance. Studies of Industrial Relations in Advanced Capitalist Economies* London; Newbury Park; New Delhi: Sage Publications.
- Tooze, J. Adam (2018), *Crashed. How a Decade of Financial Crises Changed the World* London, UK: Allen Lane.22. September 2018).
- Tuschhoff, Christian (2015), *Internationale Beziehungen* Konstanz/München: UVK Verlagsgesellschaft.28. Juli 2017).
- Tuschhoff, Christian (2018), 'Die Auswirkungen der Zwischenwahlen in den USA 2018 auf die transatlantischen Handelsbeziehungen', *Aus der Forschung* (2): 1-23.
- Vasilev, George (2015), 'Minority Rights Activism Beyond Borders. The Synergies between Deliberation and Strategic Action', *Policy Studies*, 36 (3): 329-344.
- Wendt, Alexander (1999), *Social Theory of International Politics* Cambridge, UK; New York, NY: Cambridge University Press.
- Wendt, Alexander E. (1987), 'The Agent-Structure Problem in International Relations Theory', *International Organization*, 41 (3): 335-370.
- Wendt, Alexander E. (1992), 'Anarchy ist What States Make of It: The Social Construction of Power Politics', *International Organization*, 46 (2): 391-425.

Christian Tuschhoff – Wie Demokratien sterben

Werz, Michael (2019), Von Eisenhower zu Trump, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8. Januar 2019, 2.

Weyland, Kurt (2012), 'The Arab Spring: Why the Surprising Similarities with the Revolutionary Wave of 1848?', *Perspectives on Politics*, 10 (4): 917-934.

Weyland, Kurt (2016), 'Crafting Counterrevolution: How Reactionaries Learned to Combat Change in 1848', *American Political Science Review*, 110 (02): 215-231.

Zimmermann, Karsten (2019), *Email*, Korrespondenz mit dem Autor, 24. Februar 2019.